

22. Gründung eines Unternehmens

In Tschechien dürfen ausländische Personen Handelsaktivitäten, einschließlich des Erwerbs von Immobilien, unter denselben Bedingungen und im selben Ausmaß wie tschechische Unternehmer, ausüben. Sie dürfen eine Firma gründen oder ihr Mitbegründer werden, und sie können auch in eine existierende tschechische Firma eintreten.

Ausländische Firmen dürfen in der Tschechischen Republik tätig sein, und zwar entweder durch die Gründung einer in Tschechien eingetragenen Filiale oder die Gründung einer tschechischen Firma. Es gibt vier verschiedene juristische Formen von Unternehmen: die zwei häufigsten sind die GmbH (s.r.o.) und die Aktiengesellschaft (a.s.). Die anderen Formen – Teilhaberschaft mit beschränkter Haftung (k.s.) und offene Handelsgesellschaft (v.o.s.) – werden manchmal aus steuerlichen Gründen (in den meisten Fällen von Investoren aus deutschsprachigen Ländern) verwendet. Darüber hinaus dürfen folgende europäische Formen von juristischen Personen in der Tschechischen Republik tätig sein: (i) eine Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung, (ii) eine Europäische Gesellschaft (Societas Europaea) und (iii) eine Europäische Genossenschaft. Sowohl Filialen als auch Firmen werden durch die Eintragung in das Handelsregister gegründet. Bei einer Körperschaft von tschechischen Firmen wird eine durch einen tschechischen Notar ausgefertigte notarielle Urkunde benötigt. Überdies darf eine juristische Person, die nach einem ausländischen Gesetz außerhalb der Tschechischen Republik für Geschäftszwecke gegründet wurde, unter bestimmten Bedingungen ihren gemeldeten Sitz in die Tschechische Republik verschieben. Am 1. Januar 2014 hatte sich das privatrechtliche Umfeld maßgeblich geändert, und zwar durch das Inkrafttreten einer neuen Kodifizierung des Privatrechts, namentlich des neuen Bürgerlichen Gesetzbuches und des Gesetzes über die Handelsgesellschaften.

FILIALEN

Eine Filiale einer ausländischen Firma gilt nicht als eine tschechische juristische Person, sondern tritt als ein Vertreter einer ausländischen Firma auf und verpflichtet die ausländische Firma. Filialen müssen in ihrem Eintragungsantrag beim Handelsregister ihre sämtlichen Geschäftsaktivitäten auflisten, da sie nur in den aufgeführten Aktivitäten tätig sein dürfen. Eine Filiale muss einen Geschäftsführer ernennen, der die ausländische Firma in Bezug auf die Filiale vertreten kann. Dieser muss im Handelsregister eingetragen sein.

Die örtliche Zuständigkeit, nach welcher die Muttergesellschaft gegründet wurde, bezieht sich auch auf die internen Vorgänge der Filiale.

GESELLSCHAFT MIT BESCHRÄNKTER HAFTUNG – společnost s ručením omezeným (s.r.o.)

Gründung

Normalerweise werden GmbH nur für kleine und mittlere Unternehmen gebraucht. Sie kann entweder (i) von einer Person (natürliche oder juristische Person) oder (ii) aufgrund eines von mehreren juristischen Personen oder Einzelpersonen abgeschlossenen Gesellschaftsvertrags gegründet werden. Solch eine Gründungsurkunde oder Gesellschaftsvertrag müssen als eine beglaubigte Urkunde ausgeführt werden. Die Gründungsurkunde oder der Gesellschaftsvertrag legen auch fest, ob die GmbH eine Satzung ausgeben wird oder nicht.

Eingetragenes Kapital

Das eingetragene Kapital eines Unternehmens besteht aus den von Aktionären geleisteten Beiträgen. Die Mindestbeteiligung jedes der Teilhaber am eingetragenen Kapital beträgt CZK 1. Im Falle eines solchen niedrigen Beitrags sollte allerdings das Insolvenzrisiko (sowie die zusammenhängenden Folgen für die Geschäftsführer und Aktionäre) berücksichtigt werden. Nichtmonetarisches Einlagen müssen voll einbezahlt worden sein, bevor eine Firma beim Handelsregister eingetragen werden kann. In der Gründungsurkunde oder im Gesellschaftsvertrag müssen nichtmonetarisches Einlagen, der von einem Sachverständigen ermittelte Wert sowie der Sachverständige, der den Wert ermittelt hat, aufgeführt sein. Bevor eine Firma im Handelsregister eingetragen werden kann, müssen mindestens 30% der gezeichneten finanziellen Einlagen einbezahlt worden sein.

Beteiligungsquote

Eine GmbH gibt keine Aktien aus. Die Beteiligung an der Firma ergibt sich aus dem Besitzanteil eines Gesellschafters, woraus auch seine Rechte und Pflichten folgen. Die Größe des Besitzanteils eines Gesellschafters folgt aus dem Anteil seiner Einlage am eingetragenen Kapital.

Eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung darf mehr als einen Typ der Beteiligungsquote haben, mit der verschiedene Rechte und Pflichten verbunden sind. Beispielsweise kann die Pflicht für das Unternehmen

zu arbeiten mit einer bestimmten Beteiligungsquote verbunden sein, wobei sich die Pflicht mit einer höheren Kapitalsumme zu dem Unternehmen beizutragen an eine andere bindet. Ein Aktionär darf mehr als eine Beteiligungsquote besitzen (unter der Voraussetzung, dass die Gründungsurkunde oder der Gesellschaftsvertrag dies erlauben).

Die Beteiligung an einer GmbH kann nicht so leicht übertragen werden, wie die Aktien einer Aktiengesellschaft. Dies bedarf einer schriftlichen Vereinbarung (mit beglaubigten Unterschriften). Ein Gesellschafter darf seine Beteiligung auf einen anderen Teilhaber ohne Zustimmung seitens der Gesellschafterversammlung übertragen (außer im Gesellschaftsvertrag ist etwas anderes festgelegt). Ein Teilhaber darf ebenfalls seine Beteiligung auf einen Dritten übertragen, und zwar mit Zustimmung der Gesellschafterversammlung (außer wenn die Gründungsurkunde oder der Gesellschaftsvertrag festlegen, dass solch eine Zustimmung nicht benötigt wird).

Eine Beteiligungsquote kann ebenfalls durch eine bescheinigte Sicherheit mit der Bezeichnung "gemeinsame Bescheinigung" vertreten sein. Dies ist nur mit Bezug auf Beteiligungsquoten möglich, deren Übertragung nicht eingeschränkt oder bedingt ist. Eine gemeinsame Bescheinigung kann aufgrund einer mündlichen/schriftlichen Vereinbarung, einer Bestätigung und Übergabe derselben übertragen werden.

Körperschaften

Bei einer GmbH ist die Unternehmensverfassung einfacher als bei einer Aktiengesellschaft. Eine GmbH braucht keinen Vorstand. Ihr Gesellschaftsorgan besteht aus einem oder mehreren Geschäftsführern. Das Gesetz schränkt ihre Anzahl nicht ein, die Anzahl muss jedoch in der Gründungsurkunde oder dem Gesellschaftsvertrag festgelegt sein. Geschäftsführer werden von der Gesellschafterversammlung, dem obersten Organ einer GmbH, oder vom alleinigen Teilhaber, der die Autorität einer Gesellschafterversammlung innehat, ernannt. Jeder Geschäftsführer handelt unabhängig für die Firma, außer es wird in der Gründungsurkunde oder im Gesellschaftsvertrag etwas anderes vertraglich vereinbart. Die Gründungsurkunde oder der Gesellschaftsvertrag können festlegen, dass die Geschäftsführer eine Gemeinschaft bilden, welche die Rechtslage der Geschäftsführer zu derjenigen des Vorstands in einer Aktiengesellschaft näher bringt.

Nach dem Gesetz muss eine GmbH keinen Aufsichtsrat haben; sie kann aber einen haben, sofern dies in der Gründungsurkunde oder im Gesellschaftsvertrag so festgelegt ist.

AKTIENGESELLSCHAFT – AKCIOVÁ SPOLEČNOST (a.s.)

Gründung

Eine Aktiengesellschaft wird bei großen Firmen angewendet. Sie wird aufgrund der Satzung von einem oder mehreren Teilhabern gegründet (natürliche oder juristische Personen). Die Satzung muss als eine beglaubigte Urkunde ausgeführt werden.

Aktien

Eine Aktiengesellschaft kann entweder Inhaber- oder Namensaktien in Form von zertifizierten oder gebuchten Aktien ausgeben. Ab 1. Januar 2014 sind die zertifizierten Inhaberaktien nicht mehr erlaubt; bestehende Inhaberaktien müssen entweder in eine Bank immobilisiert (physisch hinterlegt) oder gegen gebuchte Aktien getauscht werden. Die Übertragbarkeit von Namensaktien darf eingeschränkt (z. B. durch die Anforderung, dass die Gesellschafterversammlung Aktienübertragungen genehmigt), aber nicht durch die Satzung ausgeschlossen sein. Die Übertragbarkeit von Inhaberaktien darf nicht eingeschränkt sein. Eingetragene zertifizierte Aktien werden aufgrund einer mündlichen/schriftlichen Vereinbarung, einer Bestätigung und Übergabe derselben übertragen. Gebuchte Aktien werden aufgrund der Registrierung des neuen Eigentümers bei der Wertpapiersammelbank übertragen.

Eingetragenes Kapital

Das minimale Grundkapital sind CZK 2.000.000 (bzw. EUR 80.000 bei Unternehmen, die nach einem besonderen Gesetz ihre Rechnungen in EUR führen dürfen). Mindestens 30% des eingetragenen Kapitals muss einbezahlt worden sein, bevor der Antrag an die Eintragung des Unternehmens im Handelsregister gestellt wird (oder früher, sofern die Satzung dies festlegt).

Körperschaften

Das Gesellschaftsorgan einer Aktiengesellschaft ist der Vorstand. Mitglieder des Gesellschaftsorgans werden von der Hauptversammlung (oder vom Aufsichtsrat, falls dies so in der Satzung verankert ist), gewählt und abberufen. Der Vorstand entscheidet in allen Angelegenheiten, die nicht der Hauptversammlung oder dem Aufsichtsrat vorbehalten sind.

Eine Aktiengesellschaft muss einen Aufsichtsrat haben, der die Aktivitäten des Vorstandes und den Gang der Aktiengesellschaft überwacht. Wenn ein Unternehmen mehr als 500 Beschäftigte hat, ist ein Drittel der Aufsichtsratsmitglieder von den Arbeitnehmern zu wählen. Diese Verpflichtung wurde im Januar 2017 eingeführt und die bereits bestehenden Unternehmen müssen dieser Verpflichtung bis Januar 2019 nachkommen.

Anderenfalls kann eine Aktiengesellschaft anstatt eines Vorstands und Aufsichtsrats einen Verwaltungsrat und einen einzigen Direktor haben. Die Auswahl der Struktur von juristischen Personen (d. h. entweder (i) Vorstand und Aufsichtsrat oder (ii) Verwaltungsrat und Direktor) muss in der Satzung festgelegt sein.

GEWERBESCHEINE UND VERANTWORTLICHE VERTRETER

Bevor eine Firma im Handelsregister (siehe unten) eingetragen werden kann, müssen sowohl Filialen als auch Firmen einen Gewerbeschein beim Gewerbeamt beantragen, je nach den Aktivitäten, die sie ausüben möchten, oder eine andere Form von gewerblicher Berechtigung. Zu diesem Zweck müssen sie einen „verantwortlichen Vertreter“ (auf Tschechisch „*odpovědný zástupce*“) bestimmen, der für die Einhaltung der Gewerbescheinauflagen verantwortlich ist. Für jede der 80 allgemeinen Geschäftstätigkeiten unter den so genannten freien Gewerben (auf Tschechisch „*volná živnost*“) muss aber kein verantwortlicher Vertreter festgelegt werden. Ein verantwortlicher Vertreter darf für mehrere Gewerbescheine der Firma verantwortlich sein. Dagegen darf ein verantwortlicher Vertreter nicht mehr als vier Unternehmen vertreten.

Eine Firma kann zusammen mit dem Antrag für einen Gewerbeschein einen einzigen Antrag beim Gewerbeamt einreichen; in solchem Antrag beantragt sie sowohl (i) einen Gewerbeschein(e) als auch (ii) die Eintragung bei der Steuerbehörde (für alle Arten der Steuer, mit Ausnahme von Verbrauchssteuer und einigen Ökosteuern).

HAFTUNG/SCHULDFÄHIGKEIT

Aktionäre einer Aktiengesellschaft haften nicht für die Verbindlichkeiten der Firma. Teilhaber einer GmbH haften gesamtschuldnerisch für die Verbindlichkeiten der Firma nur bis zu der unbezahlten Summe ihrer Beiträge zum eingetragenen Kapital der Firma. Geschäftsführer, Direktoren und Vorstandsmitglieder der tschechischen Firmen sind verpflichtet, ihre entsprechenden Ämter mit gebotener Vorsicht auszuüben (und haften für jedwede Schäden, die solch einer Firma durch die Verletzung dieser Pflicht ihrerseits verursacht werden). In einigen Fällen können Schattendirektoren (d. h. Personen, die faktisch eine tschechische Firma kontrollieren, auch wenn sie keine offizielle Position in solcher Firma vertreten) oder andere Firmen von derselben Unternehmensgruppe für Schäden haften, die solcher tschechischen Firma durch das Ausüben ihres Einflusses auf diese tschechische Firma zu ihrem Nachteil verursacht wurden. Die tschechische Rechtsordnung erkennt das Konzept der Schuldfähigkeit von juristischen Personen an; solche Haftung kann in einigen Fällen außerhalb von der Grenzen der Tschechischen Republik gelten. Dieses Konzept ermöglicht in einigen Fällen die Strafverfolgung einer juristischen Person, wo die Straftat zugunsten solcher juristischen Person seitens ihres Direktoren, Angestellten oder einer anderen verbundenen Person begangen wurde.

EINTRAGUNG EINER FIRMA BEIM HANDELSREGISTER

Eine Firma beginnt durch ihre Eintragung beim Handelsregister (öffentlich zugänglich unter www.justice.cz), das beim zuständigen Registergericht (zuständigen Bezirksgericht) geführt wird, zu existieren.

Das Gesellschaftsorgan der Firma muss deren Eintragung beim Handelsregister innerhalb von sechs Monaten ab ihrer Inkorporierung beantragen, sofern das Gründungsdokument (d. h. die Gründungsurkunde, der Gesellschaftsvertrag oder die Satzung) nichts anderes festlegt. Obligatorische und standardisierte Antragsformulare für das Handelsregister stehen auf den Internetseiten des Justizministeriums zur Verfügung. Das Registergericht ist verpflichtet, die Firma unverzüglich einzutragen oder deren Entscheidung zu treffen.

Dokumentation

Zusammen mit dem Antrag müssen beim Handelsregister Dokumente eingereicht werden, die jede einzelne einzutragende Information nachweisen. Solche Anlagen umfassen im Einzelnen das Folgende:

- Dokumente, die nicht älter sind als drei Monate, und die gültige Eintragung und Existenz des Gründers (in der Regel seinen Auszug aus dem Handelsregister) und die Vollmacht seiner Vertreter nachweisen;
- Gründungsdokument;
- Bescheinigung, dass der Mindestbetrag des Grundkapitals der Firma eingezahlt worden ist (in der Regel mit Hilfe von Bankauszug);
- eidesstattliche Erklärung, die von jedem Mitglied des Gesellschafts- und Aufsichtsorgans unterzeichnet wurde, und welche die Übereinstimmung jedes Mitglieds mit der Eintragung ihrer Einzelheiten im Handelsregister bescheinigt;
- Auszug aus dem Strafregister für jeden vorgeschlagenen Vertreter und für jedes vorgeschlagene Aufsichtsratsmitglied (Auszug aus dem tschechischen Strafregister – bei tschechischen Bürgern oder EU-Bürgern, deren aktuelle Aufenthaltsort in der Tschechischen Republik ist, erhält den Auszug das Gericht selbst; ist der Vertreter ein EU-Bürger, Auszug aus dem Strafregister des Landes seiner Herkunft oder Auszug aus dem Strafregister des EU-Landes seines letzten Aufenthaltes und, falls er

nicht ein Bürger eines EU-Mitgliedstaats ist, Auszug aus dem Strafregister des Landes seiner Herkunft; alle diese Dokumente dürfen nicht älter als drei Monate sein);

- Auszug aus dem Gewerbescheinregister oder einer anderen Autorität in Bezug auf die Geschäftsaktivitäten der Firma;
- Zustimmung des Eigentümers der Objekte, in denen sich der eingetragene Firmensitz befinden soll (im Falle von Mieten der Räumlichkeiten); die Zustimmung des Eigentümers muss mit einer beglaubigten Unterschrift versehen und darf nicht älter als drei Monate sein;
- Vollmacht oder andere Dokumente, die zur Abwicklung eines der oben genannten Dokumente oder Anträge erforderlich sind (z. B. wird der Antrag von einem Anwalt gestellt, so sind Bevollmächtigungen von allen Mitgliedern des Gesellschaftsorgans zum Antragstellen erforderlich).

REGISTER DER WIRTSCHAFTLICHEN EIGENTÜMER

Alle Unternehmen müssen ihre wirtschaftliche Eigentümer ins neu geschaffene Register wirtschaftlicher Eigentümer bis zum 1. Januar 2018 eintragen. Das Register wird von dem Registergericht verwaltet und ist nicht öffentlich einsehbar. Die Informationen über wirtschaftliche Eigentümer, die im Rahmen der Gesetzgebung zur Bekämpfung der Geldwäsche erforderlich sind und zur Identifizierung des Kunden dienen, werden nur der ausgewählten Behörden und Personen zur Verfügung gestellt.

KAUF VON IMMOBILIEN

Seit dem 1. Mai 2011 sind alle Ausländer (gleichviel, ob juristische oder Einzelpersonen, Bürger der EU oder anderer Länder) in der Art und im Ausmaß des Kaufs von Immobilien in der Tschechischen Republik nicht mehr eingeschränkt. Alle Käufe bzw. Übertragungen von Immobilien müssen beim zuständigen Grundbuchamt eingetragen werden. Die Grunderwerbssteuer beträgt 4% entweder (i) vom Kaufpreis oder (ii) von 75% des offiziell geschätzten Wertes (des höheren von beiden); abgeführt wird sie vom Verkäufer, sofern mit dem Käufer nicht anders vereinbart wurde. Kraft Gesetzes ist der Käufer der Bürge und haftet für die Bezahlung der anwendbaren Übertragungssteuer. Innerhalb von drei Monaten nach der Eintragung der Übertragung im Grundbuch muss die Übertragungssteuererklärung bei der Steuerbehörde eingereicht und die Übertragungssteuer bezahlt werden (der Monat, in dem die Eintragung ausgeführt wird, fällt nicht in diese Dreimonatsperiode). Das neue Bürgerliche Gesetzbuch (mit Wirkung vom 1. Januar 2014) stellte das Konzept "superficies solo cedit" vor, was bedeutet, dass ein Bau immer demjenigen Besitzer des Bodens gehört, auf dem er steht. In einigen Situationen gibt es allerdings immer noch getrennte Stellung zwischen Bau und Grundstück, und zwar beispielsweise (i) falls der Besitzer eines Grundstücks mit dem Besitzer des Baus auf diesem Grundstück zum 31. Dezember 2013 nicht übereinstimmend war, bleibt der rechtmäßige Besitz solches Baus und Grundstücks weiter getrennt, bis bestimmte Umstände auftreten, (ii) falls die jeweiligen dinglichen Rechte, die den Bau und das Grundstück, auf dem er sich befindet, belasten, unterschiedlich sind und nicht den Zusammenschluss des Eigentumsrechts zu dem Bau mit dem Eigentumsrecht zum Grundstück ermöglichen, (iii) falls der Bau nur vorübergehend ist oder (iv) in Situationen, wo die Rechtsvorschriften ausdrücklich festlegen, dass bestimmte Arten von Bauten nicht Bestandteil des Grundstücks sind, auf dem sie sich befinden (z. B. elektrische Kabel, Abwasserleitungen oder bestimmte Straßentypen). Wenn der Bau und das Grundstück, auf dem er sich befindet, getrennt bleiben, haben ihre Besitzer gegenseitig das Vorverkaufsrecht (z. B. der Besitzer des Baus muss dem Besitzer des Grundstücks den Bau anbieten, bevor er ihn an einen Dritten verkauft).

ELEKTRONISCHE DATEN-BRIEFKÄSTEN

Jede juristische Person verfügt über einen elektronischen Daten-Briefkasten, d. h. einen elektronischen Speicherplatz. Dieser wird für jede juristische Person automatisch aufgrund ihrer Eintragung im Handelsregister eingerichtet. Das System wird vom Staat betrieben; der Zweck ist es, die offizielle elektronische Zustellung von Dokumenten zu ermöglichen, nämlich von öffentlichen Behörden zu den Besitzern der elektronischen Daten-Briefkästen. Es ist ebenfalls möglich, mit den öffentlichen Behörden über den elektronischen Daten-Briefkasten elektronisch zu kommunizieren. Für eine Firma ist es wichtig, sich in ihren elektronischen Daten-Briefkasten regelmäßig einzuloggen, denn eine Nachricht (ein öffentliches Dokument) gilt als zugestellt an sie nach Ablauf von 10 Tagen ab dem Tag, an dem solche Nachricht in den elektronischen Daten-Briefkasten durch die zuständige öffentliche Behörde gesetzt wurde.